

Argumente der Bundeswehrebefürworter und der Freund*Innen des friedlichen Hessentags

1. Oberstes Ziel der BW (Bundeswehr) ist die Sicherheit Deutschlands und der Schutz der Menschenrechte. Die BW-Soldaten setzen sich aktiv, gar unter Einsatz des eigenen Lebens, für Deutschland und die Menschenrechte ein. Zu diesem Zwecke wird der „Bürger in Uniform“ nicht zum Töten, sondern zum Schützen und Helfen in Extremsituationen ausgebildet. Darum muss ihr Leben so gut wie möglich, auch unter Einsatz der modernsten Waffen, geschützt werden.

Soldaten sind dem Gehorsam verpflichtet. Diese Gehorsamspflicht ist unseres Erachtens ein Verstoß gegen die Würde und das Selbstbestimmungsrecht. Soldaten der Bundeswehr werden an Waffen ausgebildet und töten befehlsgemäß. Der beste Schutz des Lebens in Deutschland ist der Verzicht auf die, im Atomzeitalter illusionäre, Vorstellung von militärischer Sicherheit. Ständige Aufrüstung bringt keine Sicherheit, sondern Profite für die Rüstungsindustrie. Militärische Einsätze im Ausland, ob national oder im Bündnis, gefährden auch infolge der asymmetrischen Kriegsführung die eigene Bevölkerung, sie verletzen oft Grundgesetz und Völkerrecht. Das jeweilige Feindbild intendiert die Entmenschlichung der potentiellen Opfer und erschwert die differenzierte Wahrnehmung im öffentlichen Diskurs.

Um Menschen in Extremsituationen zu helfen, sollten Hilfs- und andere zivile Organisationen besser ausgestattet und stärker unterstützt werden.

2. Als Parlamentsarmee ist der Einsatz der BW an den Volkswillen gebunden. Die BW will schon aus Gründen der Selbstgefährdung nicht, dass Konflikte mit Gewalt gelöst werden. Aber sie ist dem Parlament verpflichtet, wenn dieses beschließt militärisch einzugreifen oder Deutschland und seine Bevölkerung geschützt werden müssen.

Tatsächlich gibt es einen eklatanten Gegensatz zwischen der jetzigen

Militärpolitik und dem Volkswillen. Laut Umfragen lehnen mehr als 80 Prozent der Bevölkerung Auslandseinsätze der BW und Massenvernichtungswaffen ab. Das Parlament entscheidet sich mehrheitlich trotzdem immer wieder für weitere Aufrüstung und Auslandseinsätze. Maßgeblich sind die in Parteien, Regierung und Parlament dominierenden wirtschaftlichen Interessengruppen.

3. Zivile Opfer sind keineswegs Ziel von BW-Einsätzen, im Gegenteil geht es bei den meisten Militäreinsätzen im Ausland um humanitäre Aufgaben bzw. um Schutzverantwortung, welche unter bestimmten Bedingungen ab 2005 auch in der UNO Zustimmung gefunden hat. Darum muss die BW erforderlichenfalls Gewalt zum Schutze der Zivilisten einsetzen.

Extreme militärische Überlegenheit und die daraus resultierende Erwartung der Risikolosigkeit militärischer Einsätze führt häufig zur Anwendung von Gewalt als probatem Mittel der Konfliktlösung (Auslandseinsätze, Drohnen- und sonstige Luftwaffenmorde) und verbaut damit den Weg zu einer solidarischen Welt i.S. der UN-Charta und der „Ziele für eine nachhaltige Entwicklung“ (Agenda 2030) der UNO.

Militäreinsätze führen zu zahlreichen Opfern in der Bevölkerung. Von Jugoslawien über Afghanistan bis Mali wurde und wird aufgrund dieser Interventionskriege Infrastruktur zerstört und werden Bürgerkriege angeheizt, aber es wird kein Frieden geschaffen. Das verlängert das Leiden der Bevölkerung und nimmt den Ländern jegliche Entwicklungsperspektive. Das Konzept der Schutzverantwortung, wie es vor allem seit dem Kosovokrieg propagiert wird, hat sich als Vorwand für Angriffskriege erwiesen und soll weitere völkerrechtswidrige Angriffskriege rechtfertigen. Seit dem Libyenkrieg 2011 gibt es dazu in der UNO und dem Sicherheitsrat auch nicht einmal mehr einen Ansatz von Konsens.

4. Die territoriale Sicherheit der BRD kann die BW wegen der Übermacht Russlands nur im Bündnis der Nato gewährleisten.

Jahrhunderte der kulturell-religiösen, ideologischen und politischen Konflikte und gegenseitigen Feindbilder schienen mit dem Abschluss des Zwei-Plus-Vier-Vertrages beendet. Allerdings hat sich das Verhältnis zwischen NATO und EU einerseits und Russland andererseits seit 1999 wieder zunehmend verschlechtert. Die NATO wurde nicht nur weit nach Osten erweitert, sie hat auch mit dem Kosovo-Krieg einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geführt und sich von

einem Bündnis, das sich auf Verteidigung des Bündnisgebiets konzentrierte, zu einem weltweit tätigen Interventionsbündnis gewandelt, das sich je nach Bedarf über das Völkerrecht hinwegsetzt und auf Russland bedrohlich wirken muss. Die Chance auf ein kooperatives und friedliches Verhältnis zu Russland wurde leichtfertig durch eine aggressive, von geopolitischen Interessen bestimmte westliche Politik vertan. Während westlicherseits wieder das Feindbild Russland propagiert wurde und wird, sind umgekehrt in Russland nationalistische und illiberale Kräfte dominant geworden, die den Westen als Feind sehen und die Machtstellung Russlands wiederherstellen wollen. Die Versuche, Georgien und die Ukraine in die NATO zu ziehen, führten 2008 zum russisch-georgischen Krieg und 2014 zur Eskalation des Ukraine-Konflikts: Die Krim wurde annektiert, in der Ost-Ukraine wird seitdem gekämpft. Auf beiden Seiten wird aufgerüstet, militärisch gedroht und mit grenznahen Manövern provoziert. Der INF-Vertrag und andere Rüstungsbegrenzungsabkommen wurden jeweils zuerst von den USA gekündigt. Erfreulich ist, dass der New-START-Vertrag 2021 verlängert wurde. Aufrüstung, militärische und politische Drohgebärden sowie der Abbau gegenseitiger Kontrollen und vertrauensbildender Maßnahmen schädigen beide Seiten und führen leicht zum Krieg. Nötig sind die Rückkehr zum Völkerrecht, die Wiederinkraftsetzung der Rüstungsbegrenzungsverträge, Abrüstung, militärische Deeskalation und Wiederaufbau von gegenseitigem Vertrauen. Auf allen Seiten müssen Feindbilder und gewaltbasierte Strategien abgebaut werden. Der Frieden in Europa wird nicht durch Aufrüstung gesichert, sondern nur durch vertrauensvolle Kooperation zwischen allen OSZE-Staaten. Konfliktmildernde internationale Organisationen wie die OSZE und vor allem ihre Kapazitäten für nicht-militärische und zivile Konfliktbearbeitung müssen gegenüber militärischem Denken sowie Militärbündnissen gestärkt werden.

5. Gemäß dem Weißbuch der Bundesregierung von 2016 muss die BW auch imstande sein, zum Schutze deutscher Interessen, insbesondere deutschen Eigentums und freier Handelswege, nötigenfalls Gewalt anzuwenden. Dies ist nur im Bündnis mit der Nato möglich, auch deshalb ist Bündnistreue notwendig. Die BW muss die Verpflichtungen aus Bündnis-Absprachen zur weiteren Aufrüstung (Beschaffung neuer Waffen, Sollstärke der BW), zur Teilnahme an Manövern (u.a. in Osteuropa) und zu Kriegen gegen alle „Terroristen“ (von Afghanistan bis Mali) einhalten. Deutschland kann aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Nato über deren Politik (Kriege, Rüstungsvereinbarungen) mitbestimmen.

Der Zugriff auf Rohstoffe und andere handelspolitische „Wünsche“ sowie strategische Ziele prägen die Kriege der USA und oft auch der Nato. Sie sind weder mit dem Grundgesetz noch mit der UN-Charta noch mit den Nachhaltigkeitszielen der UNO zu vereinbaren. Handels- und andere Streitigkeiten zwischen den Staaten sind durch Verhandlungen zu regeln. Militärische Interventionen zu diesem Zweck sind Angriffskriege und verstoßen gegen das Völkerrecht.

Die Nato-Staaten, die nur rund 15% der Weltbevölkerung stellen, verfügen über Dreiviertel der Weltrüstungsgüter und verstärken mit ihren Rüstungsexporten weltweit kriegerische Konflikte. Das Anheizen des Rüstungswettlaufs provoziert langfristig unvermeidlich Gegenrüstung bei anderen Staaten und erhöht die Kriegsgefahr.

Deutsche politische Eliten streben nach Weltmachtgeltung, z.B. nach einem permanenten Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat, und glauben nur als global agierende Militärmacht ernst genommen zu werden. Darum beteiligen sie uns an Kriegen und fragwürdigen Militäreinsätzen weltweit. Das ist ein größenwahnsinniger gefährlicher Irrweg.

Es geht nicht nur um Abrüstung, sondern auch darum die internationalen Beziehungen so zu gestalten, dass Staaten ihre Konflikte friedlich regeln, in internationalen Organisationen kooperieren und das Völkerrecht beachten.

Der altkluge Rat „bereite den Krieg vor, wenn du Frieden willst“ ist tausendfach widerlegt. Aufrüstung und Großmacht Konkurrenz führen zu Krieg, wie die Geschichte zeigt. Ein Ausbau der EU zur militärisch weltweit agierenden Großmacht würde dies beschleunigen. Deutschland und die Europäische Union müssen sich als Zivilmächte profilieren mit dem Ziel einer kooperativen und friedlichen Welt. Wir dürfen uns dabei keineswegs auf die Weisheit der

Regierenden verlassen. In Europa und überall auf der Welt müssen sich Menschen dem Krieg verweigern und Krieg und Kriegstreiberei, Nationalismus und Imperialismus entgegentreten.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass Deutschland als Mitglied der Nato Kriege verhindern könne. Die Kriege im Irak und in Libyen zeigten, dass im Falle der Nichtzustimmung eines Natomitglieds anstelle der Nato sich einfach eine „Koalition der Willigen“ bildet. Deutschland könnte aus der Nato austreten.

6. Die Bundeswehr ist auch für die innere Sicherheit unersetzbar, sie war z.B.wegen ihrer Ausrüstung und ihrer Personalstärke schon mehrmals bei Naturkatastrophen erfolgreich im Einsatz. Auch bei Unruhen (z.B. während einer Pandemie oder bei großen Streiks) ist ihr Fähigkeitsprofil gefragt.

Die Folgen von Naturkatastrophen werden besser durch zivile Einrichtungen, die entsprechend auszurüsten sind, behoben. Die Bundeswehr wurde nicht zur Katastrophenhilfe eingerichtet, sie erhält jährlich zig Milliarden, von denen ein kleiner Teil genügen würde, um zum Beispiel Klimakatastrophen wie die Jahrhundertfluten in Deutschland zu verhindern und eine gute Gesundheitsversorgung für alle sicher zu stellen. Sie nutzt ihren Einsatz im zivilen Bereich, um sich als friedlich und unentbehrlich darzustellen, Zustimmung zu bekommen und somit ihren Einfluss auszuweiten.

Die adäquate Ausrüstung vorhandener ziviler Hilfseinrichtungen (Feuerwehren, THW, Krankenhäuser) käme erheblich billiger und wäre effektiver und professioneller. Für Gesetzesverstöße im Inland ist die Polizei zuständig. Das Militär sollte weder bei Streiks noch bei sonstigen Unruhen im Inneren eingesetzt werden. Ein innenpolitischer Militäreinsatz bzw. die Drohung mit ihm ist eine Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat.

7. Die Präsenz der Bundeswehr auf dem Hessentag trägt dazu bei, die Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und der zivilen Landesverwaltung zu optimieren. Hierfür sind die Landeskommmandos seit 2007 entwickelt worden.

Indem diese Landeskommmandos auf der Ebene der Großstädte, Kreise und des Landes ständige Verbindung zu den zivilen Verwaltungsstellen halten und ihre Hilfe für den Notfall anbieten, besteht die Gefahr, dass sie zu einem

selbstverständlichen Teil in der öffentlichen Verwaltung werden. Das Vorhalten genügender Mittel für den zivilen Katastrophenschutz und an Stellen in Krankenhäusern und Gesundheitsämtern erscheint infolgedessen zunehmend als Luxus. In existentiellen Gefährdungslagen ist dann die Zivilgesellschaft auf den innenpolitischen Einsatz des Militärs angewiesen, wie auch die Corona-Pandemie zeigte. Dadurch aber wird der eigentliche Charakter des Militärs als Gewaltorganisation zwecks nationaler bzw. „westlicher“ Interessendurchsetzung in den Augen vieler Bürger und insbesondere junger Leute unter einem Wohltätigkeitsschleier versteckt und es kommt zu einer für die Demokratie schädlichen Durchdringung der Gesellschaft durch das Militär.

Dieses ließe sich vermeiden, indem man die zivilen Hilfsdienste (Feuerwehren, THW, Krankenhäuser) nicht austrocknet, sondern finanziell und personell stärkt. Die Landeskommandos aber sind Teil der BW und sollen die Akzeptanz für die BW-Einsätze im Inneren bei der Bevölkerung erhöhen. Besonders inakzeptabel sind ihre Versuche, auf Volksfesten Kinder und Jugendliche für diese gewaltbasierte Organisation mit unlauteren Werbemethoden zu gewinnen.

8. Weil die „Wehrpflicht“ ausgesetzt wurde, ist es richtig und wichtig, bei Jugendlichen für die Bundeswehr zu werben. Dazu ist es erforderlich auf Volksfesten präsent zu sein, die Bundeswehrkapellen in Kirchen und an Feiertagen öffentlich auftreten zu lassen, in Kindergärten und Schulen als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft wahrgenommen zu werden und mit sozialen und karitativen Aktionen um Sympathien in der Bevölkerung zu werben.

Mit vielen Veranstaltungen und Kriegsgerät missbraucht die Bundeswehr Volksfeste als Werbeschau. Sie will sich als "normaler Arbeitgeber" auch und gerade bei Kindern und Jugendlichen präsentieren und diese für gewaltbasierte Konfliktlösungsbestrebungen begeistern. Jährlich werden zig Millionen Euro ausgegeben, um die Akzeptanz der Auslandseinsätze in der Bevölkerung zu steigern und Nachwuchs zu gewinnen. Dabei wird Kriegsgerät als Abenteuerspielplatz arrangiert und selbst Kleinkinder klettern darauf herum. Neugier und Technikbegeisterung von Kindern und Jugendlichen werden hierdurch missbraucht, um Berührungängste vor militärischer Gewalt abzubauen. Doch in der Armee geht es nicht um "Sport", "Kameradschaft" und "Abenteuer", sondern um die Anwendung von Waffengewalt. Dass Soldat*innen andere Menschen töten und selbst immer wieder traumatisiert, verwundet oder getötet werden, wird selten thematisiert. Und trotz erheblicher Kritik der UN werden in

Deutschland weiter Minderjährige rekrutiert. Zu diesem Zweck wurden von der Bundeswehr auch wieder ganze Schulklassen zum letzten Hessentag eingeladen und transportiert. Diese Werbung widerspricht allen für Erzieher:innen und Lehrer:innen verbindlichen Richtlinien, konterkariert diese!

Wir wenden uns gegen Militärwerbung auf Volksfesten und bei Minderjährigen. Volksfeste sollten einen friedlichen Charakter haben, z.B. mit zivilen Bands oder Kapellen, die keinem politischen Kalkül gehorchen müssen. Wir stehen für eine gewaltfreie Konfliktlösungskultur und nehmen Art. 69 der Landesverfassung ernst: "Hessen verpflichtet sich zu Frieden, Freiheit, Völkerverständigung und zur Ächtung des Krieges".

Fußnote:

Angemerkt sei, dass ein Teil des OA in gegenwärtigen Zeiten in der Argumentation zu Punkt 3 und 5 die Notwendigkeit sah, bei der UNO oder bei den kontinentalen Zusammenschlüssen wie OSZE, AU, OAS als Untergliederungen einer reformierten UNO starke polizeiliche Kräfte als Ersatz für die nationalstaatlichen Armeen vorzuhalten, während ein konsequent pazifistischer Teil des OA einem solchen „Gewaltmonopol“ nicht zustimmen konnte.